

«Entweder bewegen wir uns jetzt vorwärts oder dann rückwärts»

Bundesrat Joseph Deiss spricht am Donnerstag im Kollegium in Brig zum Thema: Bilaterale Abkommen II

Brig. – Bundesrat Dr. Joseph Deiss trifft am Donnerstagnachmittag die 4. und 5. Klassen des Kollegiums Spiritus Sanctus in Brig. Der Volkswirtschaftsminister folgt damit einer Einladung der Walliser Industrie- und Handelskammer und der Fachwirtschaft Kollegium Brig. Sein Referat ist brandaktuell: Bundesrat Joseph Deiss spricht über die Bedeutung der Bilateralen Abkommen II für die Schweizer Wirtschaft, Gesellschaft und Politik mit der Ausweitung der Personenfreizügigkeit.

Interview Pius Rieder

Nicht alle im Land können die Vorgabe von Bundesrat Deiss nachvollziehen. Nicht alle wollen Reformen. Man wirft ihm vor, mit den Bilateralen II den Beitritt zur EU schrittweise vorzubereiten, was er als Unsinn bezeichnet. Im Gegensatz zur CVP, die ihm letzte Woche einstimmig die Unterstützung zusicherte, «bockt» die SVP. Sie lehnt die Verträge ab, obwohl jeder zweite Franken in der Schweiz mit dem Aussenhandel verdient wird.

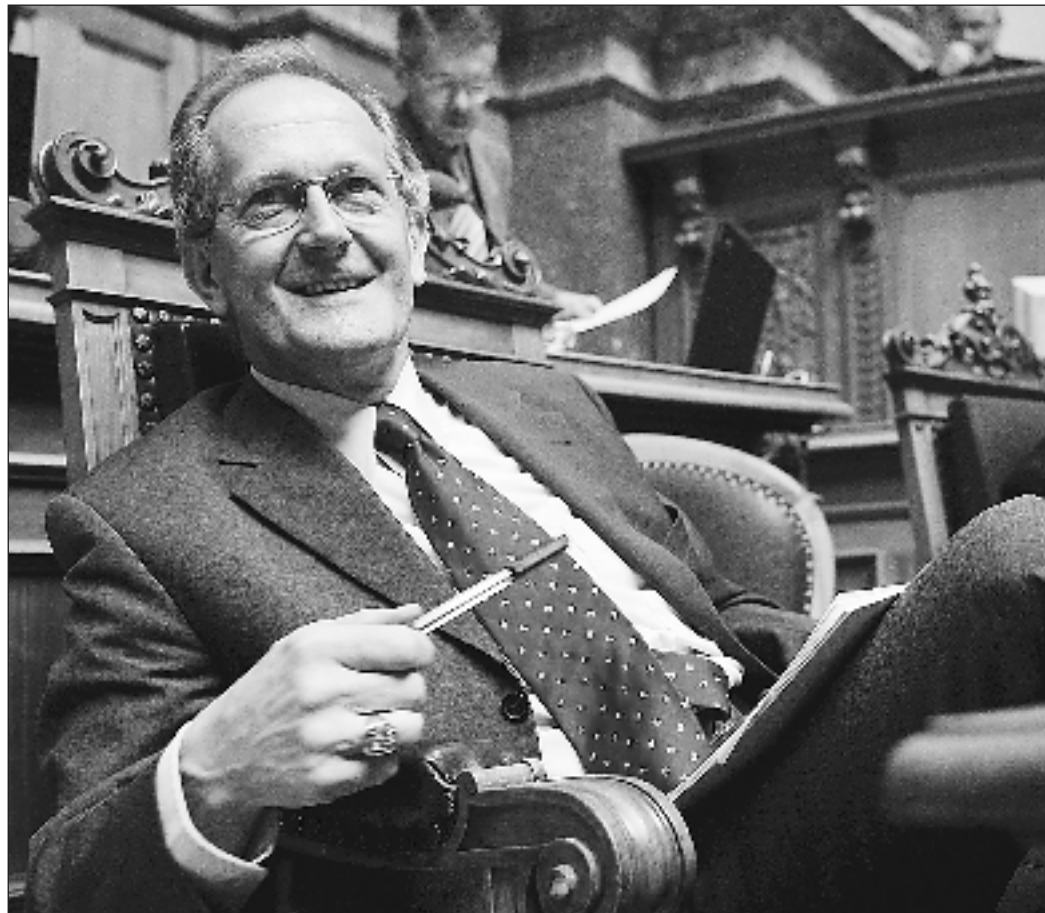
Im WB-Interview äussert sich Bundesrat Deiss nicht nur zum Zauberwort Wachstum, sondern antwortet auch auf Fragen, die das Wallis mit dem Tourismus, die Regionalpolitik und die Berglandwirtschaft betreffen.

«Zügige Umsetzung»

WB: Staatssekretär Gerber sprach kürzlich vom Armenhaus Schweiz, wenn nicht sofort Reformen eingeleitet würden. Teilen Sie als Chef von Herrn Gerber diese Auffassung und wo sehen Sie, Herr Bundesrat Deiss, den Handlungsbedarf?

Bundesrat Joseph Deiss: seco-Chef Jean-Daniel Gerber zeichnete ein Szenario, wonach sich die Position der Schweiz im Vergleich zu den anderen Ländern Europas bei einer linearen Fortentwicklung des Wirtschaftswachstums deutlich verschlechtern würde. Er wollte damit unterstreichen, dass die im Wachstumspaket des Bundesrates vorgesehenen Reformen nun zügig umgesetzt werden müssen. Dieses Ziel verfolge ich als Volkswirtschaftsminister mit aller Kraft.

Zuwarten oder zupacken? Während rings um unser Land die Güter- und Dienstleistungsmärkte geöffnet und liberalisiert werden, sind wir seit Be-



Bundesrat Joseph Deiss spricht im WB-Interview Klartext zu den Bilateralen II und den Auswirkungen der Personenfreizügigkeit. Foto Keystone

ginn der Neunzigerjahre stehen geblieben. Erwiesen ist: Wir haben in dieser Zeit OECD-weit das schwächste Wachstum erzielt. Zwar hat der Bundesrat in einigen Bereichen wichtige Beschlüsse zur Marktöffnung gefällt, aber es wird sich noch weisen müssen, ob das Parlament und allenfalls das Volk diese Entscheide mittragen werden. Die Schweiz darf sich nicht durch eine unheilige Allianz von Rechts und Links blockieren lassen. Je länger wir mit der Umsetzung der Reformen zuwarten, desto schmerzhafter werden dann die Anpassungen ausfallen.

«Marktöffnung und mehr Wettbewerb»

Sie haben der Hochpreisinsel Schweiz den Kampf angesagt. Diese schmälert die Wettbewerbsfähigkeit grosser Teile der schweizerischen Volkswirtschaft auf den offenen Weltmärkten. Wie sieht Ihre Tiefpreisstrategie aus?

Wir setzen auf Marktöffnung und mehr Wettbewerb. Das Kartellgesetz, ein zentrales Element des Wachstumspakets, ist zwar noch nicht vollständig in Kraft, entfaltet aber im Verhalten der Firmen bereits Vorwirkungen. Diese haben gemerkt, dass gewisse Praktiken der Vergangenheit vom neuen Kartellgesetz nicht mehr geduldet werden. Sie richten sich faktisch schon nach den neuen Vorschriften. Mit dem Binnenmarktgesetz wollen wir die Freizügigkeit im Innern der Schweiz stärken und künstliche Marktabschottungen durchbrechen.

Betrifft dies auch die Dienstleistungen?

Wichtig ist selbstverständlich auch die Liberalisierung bei den öffentlichen Dienstleistungen. Schliesslich sehen wir, dass ausländische Discounter den Schweizer Markt als attraktiv betrachten. Das ist gut so, denn das wird zu mehr Wettbewerb führen und zu tieferen Preisen für die Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten.

«SVP: Einmal dafür, dann wieder dagegen»

Jeder zweite Franken wird in der Schweiz mit dem Aussen-

handel verdient. Die Bilateralen II sollen den Marktzugang und die Beziehungen mit der EU weiter festigen. Und dennoch will eine Bundesratspartei, die SVP, diese Verträge nicht. Was sagen Sie dazu?

Das Problem der SVP ist, dass sie selber nicht weiss, was sie will und infolgedessen ihre Meinung alle paar Jahre wieder ändert. So war sie noch vor wenigen Jahren eine der glühendsten Verfechterinnen des bilateralen Wegs. Jetzt, wo wir mit der EU zukunftsweisende und für uns vorteilhafte Lösungen gefunden haben, ist sie wieder dagegen. 2001 hat die SVP selber die Teilnahme an Schengen gefordert, heute bekämpft sie diese vehement.

Zum wichtigen Dossier Schengen/Dublin gibt es bei den Gegnern der Bilateralen II Aussagen zur bedrohten Eigenständigkeit unseres Landes und zur Gefährdung der inneren Sicherheit. Müssen wir bei einem Ja Bedenken haben, weil die Schweizer Grenzkontrollen wegfallen und wie wird in Zukunft der Grenzübergang geregelt?

Das gleich zu Beginn: Die Sicherheitsexperten in der Schweiz unterstützen die Teilnahme an Schengen quasi unisono. Sei es der Verband der schweizerischen Kripochefs, der Verband der schweizerischen Polizeibeamten, das Grenzschutzkorps oder die kantonalen Polizei- und Justizdirektoren – alle sprechen sich für Schengen aus.

Ein Mehr an Mobilität, aber zu Lasten wessen?

Schauen wir uns die Sicherheitszusammenarbeit von Schengen doch etwas näher an. Es ist richtig: Die Staaten, die beim Schengen-Vertrag mitmachen, verzichten darauf, an ihren gemeinsamen Grenzen systematische Personenkontrollen durchzuführen. Dieses Mehr an Mobilität soll aber eben nicht zu Lasten der Sicherheit erfolgen: Darum verstärken die Schengen-Staaten erstens die Aussengrenzen gegenüber Drittstaaten. Dazu können zweitens die Personenkontrollen jederzeit mobil im Landesinneren durchgeführt werden. Und drittens wird die grenzüberschreitende Zusammenar-

beit von Polizei und Justiz verstärkt, wodurch die Kontrolltätigkeiten viel wirksamer werden.

Wo ist das Herzstück?

Herzstück dieser Zusammenarbeit ist das Schengen-Sicherheits-System (SIS). Dies ist ein computergestütztes Fahndungssystem, in dem die aktuellsten Daten über Verbrechen und Verdächtige gespeichert und von Grenzschützern, Polizei oder Visumsbehörden jederzeit abgerufen werden können. Es erlaubt eine viel gezieltere und somit treffsicherere Fahndung. Bei besonderen Unsicherheitslagen können zudem die Personenkontrollen an den Grenzen jederzeit zeitlich befristet wieder eingeführt werden.

«Bankgeheimnis völkerrechtlich verankern?»

Am WEF in Davos wurde erneut auch das Bankgeheimnis in Frage gestellt. Seitens des Bundesrates wird angekündigt, dass nach Annahme der Bilateralen II das Bankgeheimnis endgültig zementiert sein wird. Aus unserer Beurteilung ist dies nicht nachvollziehbar. Sagt uns die Landesregierung die ganze Wahrheit? Im Schengen-Vertrag wird das Schweizer Bankgeheimnis bei direkten Steuern zum ersten Mal völkerrechtlich verankert. Falls sich das Schengen-Recht in einer Weise entwickelt, die mit unserem Bankgeheimnis nicht vereinbar ist, so ist die Schweiz davon nicht betroffen.

Und der Druck von anderen Seiten?

Die Schweiz hat einen so genannten Opt-out. Selbstverständlich gilt dieser Schutz nur gegenüber der EU. Dass der internationale Druck gegen das Bankgeheimnis – nicht nur das Schweizerische – von anderer Seite weitergeht, kann deshalb nicht ausgeschlossen werden.

«Sicherheiten eingebaut»

Auch gegen die Ausweitung des Personenverkehrs mit den neuen EU-Staaten wurde das Referendum ergriffen. Die Gegner sprechen von tieferen Löhnen und einer höheren

Arbeitslosigkeit. Sind Sie auch dieser Meinung?

Nein, dagegen haben wir eine ganze Reihe von Sicherheitsmassnahmen vorgesehen. Die Öffnung der Arbeitsmärkte erfolgt schrittweise und kontrolliert. Bis 2011 haben wir weiterhin Zuwanderungsbeschränkungen durch Kontingente.

Haben Schweizer Arbeitnehmer irgendwelche Vorteile und was tun Sie gegen das Lohndumping?

Die Schweizer Arbeitnehmer werden gegenüber den Arbeitnehmern aus den neuen EU-Staaten bevorzugt. Die Personenfreizügigkeit erlaubt es Schweizer Unternehmen, diejenigen Arbeitnehmer aus der EU anzustellen, die unser Land für eine kräftige Volkswirtschaft braucht. Solche Wachstumsimpulse dürften letztlich eine tiefere strukturelle Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Und gegen Lohndumping haben wir eine Reihe von flankierenden Massnahmen, die im Hinblick auf die Ausdehnung der Freizügigkeit zusätzlich verschärft werden.

«Schreckgespenster falsch am Platz»

Was passiert, wenn die Freizügigkeit nicht auf die neuen EU-Staaten ausgedehnt wird?

Eine Schwächung des Wirtschaftsstandorts wie auch des Arbeitsmarktes Schweiz ist dagegen zu erwarten, wenn die Freizügigkeit nicht auf die neuen EU-Staaten ausgedehnt wird: Mangelnder Marktzugang und Abschottung generell werden Betriebe dazu führen, ihre Produktion vermehrt ins Ausland zu verlagern. Gewisse Kreise malen jetzt das Schreckgespenst von unkontrollierten Massen von Mittel- und Osteuropäern, die über die Schweizer Grenze strömen und uns unsere gut bezahlten Arbeitsplätze wegnehmen. Dieses Bild ist falsch. Die EU hat im Laufe ihrer Geschichte immer wieder bedeutend ärmere Länder aufgenommen – denken wir an Spanien, Griechenland oder Portugal.

Und das Resultat?

Das Resultat war immer eine rasche wirtschaftliche Entwicklung ohne eine markante Migration in den Norden. Heute kehren mehr Portugiesen aus den übrigen EU-Ländern nach Portugal zurück, als umgekehrt. Auch die Schweiz hat seit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit den 15 alten EU-Staaten trotz bedeutend höherem Lohngefüge keine Einwanderungswelle erlebt.

Dem Wallis liegt die neue Regionalpolitik des Bundes am Herzen. Sie haben nach der

Grenzschlagbäume nicht abräumen

Sind wir in Schengen ein Sonderfall?

Man darf nicht vergessen, dass die Schweiz in Schengen eine Art Sonderfall darstellt, insofern sie nämlich nicht Mitglied der EU-Zollunion ist: Die Schlagbäume an den Schweizer Grenzen werden darum nicht weggeräumt werden. Es müssen weiterhin Warenkontrollen durchgeführt werden und dabei werden auch Personen kontrolliert. An der Schweizer Grenze ändert sich in der Praxis somit kaum etwas.

Vernehmlassung eine Expertengruppe eingesetzt. Umreisens Sie doch bitte für unsere Leser den konkreten Auftrag an die Expertengruppe?

Der Auftrag der Arbeitsgruppe aus Regierungsräten und Vertretern des seco besteht darin, bis zum Sommer einen mehrheitsfähigen Vorschlag zu präsentieren und die gegenwärtige Vorlage in diesem Sinne zu optimieren. Unbestritten ist, dass die heutige Politik reformbedürftig ist.

«Berglandwirtschaft kommt nicht unter die Räder»

In Davos haben Sie mit verschiedenen Ministern über eine weitere Liberalisierung des Welthandels gesprochen. Kommt auch die Berglandwirtschaft endgültig unter die Räder?

Davon kann keine Rede sein. Die Berglandwirtschaft, das habe ich immer wieder betont, befindet sich in einer speziellen Situation. Nehmen Sie nur die Landwirtschaftspolitik, wo die Bergbauern in mancherlei Hinsicht anders behandelt werden, als die Landwirte im Tal.

Unter anderem wurde Ihnen kürzlich vorgeworfen, dass Sie den Beitritt zur EU schrittweise vorbereiten. Trifft das zu?

Das ist Unsinn. Wir konzentrieren uns auf den bilateralen Weg. Dazu haben wir im Juni und im September zwei richtungsweisende Abstimmungen. Entweder wir bewegen uns vorwärts oder rückwärts. Das Volk wird auch in Zukunft über alle wichtigen Schritte in unserer Beziehung zur EU mitreden können.

Herr Bundesrat Deiss, wir danken Ihnen für das Interview.

...und der Tourismus?

Gestatten Sie eine letzte Frage: Im Vergleich zu anderen Tourismusländern (z.B. Österreich und das Südtirol) wird der Tourismus in unserem Lande von der öffentlichen Hand recht stiefmütterlich behandelt. Wäre es nicht an der Zeit, den Tourismus, die touristischen Bahnunternehmen und die Hotellerie vermehrt finanziell zu unterstützen?

Die staatliche Unterstützung des Tourismus ist in der Schweiz nicht geringer als im Ausland. Der Bund gab letztes Jahr allein für die direkte Tourismusförderung rund 60 Millionen Franken aus. Die

eigenössischen Räte stockten kürzlich trotz allgemeiner Sparanstrengungen des Bundes die Finanzhilfe an Schweiz Tourismus auf. Vor zwei Jahren wurde ein neues Gesetz über die Förderung der Beherbergungswirtschaft verabschiedet, welches die Restfinanzierung von überlebendigen Betrieben der KMU-Hotellerie erlaubt. Auch werden nach wie vor regional bedeutsame Seilbahnen mit Investitionshilfekrediten unterstützt. Und schliesslich wird mit dem Schengen-Abkommen und der Geltung des Schengen-Visums auch für die Schweiz ein wichtiger Standort-Nachteil beseitigt.

«Eine Abfuhr erteilen»
Lauter Widersprüche also bei der SVP?
Ja, der Widersprüche mehr: Die SVP macht sich für sichere Grenzen stark. Gleichzeitig trat diese Partei aber im Parlament letzten Dezember für einen Personalabbau beim Grenzschutzkorps ein. Das schafft nicht nur innenpolitisch Verwirrung. Die Absichten der SVP drohen uns in unseren Beziehungen auch mit unserem internationalen wichtigsten Partner um zehn Jahre zurückzuwerfen. Die Stimmbürger werden aber dieser Rückwärtsstrategie im Juni und im September eine Abfuhr erteilen, wie sie das schon bei den Bilateralen I getan haben.